

16. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

10. Feber 1954

116/J

A n f r a g e

der Abg. Dr. Kraus, Dr. Reimann, Zeillinger und Genossen
an den Bundeskanzler,

betreffend die Rundfunksendungen der "Stimme Amerikas" und die geplante Neu-
regelung des österreichischen Rundfunkwesens.

...-.-.

Die österreichische Öffentlichkeit hat die im vergangenen Jahr veröffent-
lichten Nachrichten über die Verhandlungen bezüglich der Rückstellung der
Sendergruppe Rot-Weiss-Rot mit grösster Genugtuung aufgenommen. Umso grösser
ist die Enttäuschung, dass diese Rückstellung bis zur Stunde noch nicht erfolgt
ist. Die österreichischen Radiohörer werden jeden Tag von neuem an den unwürdigen
Zustand erinnert, dass sich die österreichischen Rundfunkstationen noch heute,
neun Jahre nach Kriegsende, in der Hand der alliierten Besatzung befinden.
Neben der "Russischen Stunde" und den allfälligen Propagandasendungen der
britischen Besatzungsmacht in der Sendergruppe "Alpenland" werden vor allem
die Sendungen der sogenannten "Stimme Amerikas" in der Sendergruppe Rot-Weiss-
Rot als demütigend empfunden. Diese Propagandasendungen werden jeden Tag während
der besten Sendezeiten übertragen, d.h. gerade zu der Zeit, wo der arbeitende
Mensch nach Hause kommt und bei Musik und Unterhaltungssendungen Erholung finden
möchte. Die Sendungen haben den Charakter einer ausgesprochenen Propaganda und
erwecken in der Bevölkerung das Gefühl, dass Österreich von der amerikanischen
Besatzungsmacht als Kolonialgebiet betrachtet wird. Dazu kommt, dass jede andere
Propagandasendung bezahlt werden muss, während für die amerikanische Propaganda-
sendung, soweit bekannt, bisher nicht bezahlt wurde.

Die unterzeichneten Abgeordneten konnten bei jeder Wählersprechstunde und
Versammlung feststellen, dass sich der österreichischen Bevölkerung
eine tiefe, stets wachsende Entrüstung über diese Sendungen bemächtigt hat. Die
Bevölkerung bringt dabei immer wieder zum Ausdruck, dass sie gern bereit ist,
mit den Vereinigten Staaten von Nordamerika die freundschaftlichsten und besten
Beziehungen aufrecht zu erhalten, dass aber diese aufdringlichen Sendungen etwas
sind, was diese Beziehungen nur beeinträchtigen kann. Der Österreicher ist gerne
bereit, von fremden Ländern, darunter auch von den USA, interessante Berichte
zu hören, aber erstens in einem angemessenen Ausmass und zweitens in der Weise,

17. Beiblatt Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz 10. Febr 1954

wie es den Interessen des Österreicherers entspricht. Die Sendungen der "Stimme Amerikas" aber sind sowohl in der Sprache und Stimme der Sprecher als auch in der technischen Wiedergabe mit ihren vielen Störungen und Nebengeräuschen alles eher als ein Genuss. Dazu kommt, dass viele Rundfunkhörer Österreichs wegen der geringen Kapazität ihrer Apparate und der im Gebirge gegebenen schlechteren Empfangsmöglichkeiten keine anderen Sender als die von Rot-Weiss-Rot hören können. Undemokratisch sind die direkten Eingriffe in die Programmgestaltung und in innerösterreichische Belange, wobei z.B. bei Wahlen die Opposition in ihrer Wahlwerbung durch Eingriffe von Besatzungsstellen behindert wurde.

Da verschiedene Vorstellungen, welche aus dem Kreis der unterzeichneten Abgeordneten schon unmittelbar bei der amerikanischen Besatzungsmacht und bei den zuständigen Behörden in Washington gemacht wurden, zu keinem Erfolg geführt haben, richten die unterzeichneten Abgeordneten an den Herrn Bundeskanzler die

A n f r a g e :

1. Ist der Herr Bundeskanzler bereit, mit der amerikanischen Besatzungsmacht zu verhandeln, dass zunächst einmal wenigstens die Sendungen der "Stimme Amerikas" unverzüglich eingestellt werden oder auf ein Ausmass beschränkt werden, welches als erträglich bezeichnet werden kann?

2. Ist der Herr Bundeskanzler bereit, ähnliche Schritte bei der sowjet-russischen und britischen Besatzungsmacht bezüglich ihrer Propagandasendungen zu unternehmen?

3. Ist der Herr Bundeskanzler bereit, im Plenum des Nationalrates oder im Hauptausschuss einen Bericht über die Verhandlungen zur völligen Befreiung des österreichischen Rundfunkwesens vom Einfluss der Besatzungsmächte und über Planungen der Bundesregierung zur Neuordnung des österreichischen Rundfunkwesens nach dieser Befreiung zu geben?

..-.-.-.-.